

# Mehr Mitsprache oder nur mehr Bürokratie?

Wissenschaftsministerin Theresia Bauer führt wieder „Verfasste Studierendenschaften“ ein

Von unserem Redaktionsmitglied  
Wolfgang Voigt

**Stuttgart/Karlsruhe.** „Wir wollen den Studierenden wieder eine organisierte Stimme in den Hochschulen geben“ – so heißt es auf Seite zwölf des Koalitionsvertrag zwischen Grünen und der SPD. Auch wie das funktionieren soll, verrät die Geschäftsgrundlage der Koalitionäre: Eine „demokratisch legitimierte, autonom handelnde und mit eigener Finanzhoheit ausgestattete Verfasste Studierendenschaft“ ist demnach das Maß der Dinge. Im Wissenschaftsministerium der Heidelberger Grünen Theresia Bauer laufen die Vorbereitungen dafür auf vollen Touren. Am Dienstag will die Ministerin eine Internetplattform freischalten, die allen Interessierten Informationen und Diskussionsmöglichkeiten bietet.

## Nach 35 Jahren ändert Grün-Rot die Praxis

Seit das Land 1977 an seinen Hochschulen die Verfasste Studierendenschaft gekippt hat, besitzen Studenten in Baden-Württemberg formal kein Mitspracherecht bei Themen wie Studiengebühren oder dem Bologna-Prozess. Gehör verschaffen sie sich seither durch unabhängige Studierendenvertretungen (UStA), deren Votum jedoch eher unverbindlichen Charakter hat. So verfügen sie etwa über keine Finanzhoheit, die es ihnen gestattet, von ihren Mitgliedern Beiträge zu erheben, damit sie ihrer Vertretungsaufgabe nachkommen können.

Baden-Württemberg und Bayern sind derzeit die einzigen Länder, die auf Verfasste Studierendenschaften als gesetzlich vorgeschriebene Organe zur Vertretung der Studenten verzichten. Laut dem UStA des KIT war der Hauptgrund für die Abschaffung vor 35 Jahren, „die Studierendenschaft als Teil der unliebsamen außerparlamentarischen Opposition mundtot“ zu machen. Zügig und „ohne faule Kompromisse“ solle Grün-Rot die Wiedereinführung vorantreiben, fordert der USTA. Während sich die Studenten überwiegend positiv zu den Plänen der Landesregierung äu-

ßern (siehe „Drei Fragen an...“), zeigt sich die Landesrektorenkonferenz (LRK) kritisch. Man sehe in dem Modell mit Zwangsmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen aller Studierenden keine Verbesserung der derzeitigen Situation, erklärt LRK-Präsident Horst Hippler, der auch als Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) amtiert. Schon heute verfügten die Studenten über Mittel und Räumlichkeiten, um ihre Interessen zu vertreten, macht Hippler geltend. In fast allen universitären Gremien hätten sie daneben eigene Mitglieder mit Antrags- und Rederecht.

Nach Auffassung der LRK sind direkte Vorteile durch das neue System nicht zu erkennen.

Im Übrigen diskutiere die Wirtschaft seit Jahren das System der Pflichtmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern (IHK). „Gäbe es die Kammern nicht bereits, würde man sie wohl kaum neu einführen“, ist Hippler überzeugt. Der LRK-Chef warnt vor zusätzlichem Verwaltungsaufwand und Kosten, die über Mitgliedsbeiträge der Studenten gedeckt würden, ohne dass sich daraus ein Mehrwert ergebe. Laut LRK wäre es im Sinn eines verträglichen Miteinanders, wenn das Wissenschaftsministerium die Aufsicht übernehme.

Bisher fühlten sich die Studierenden durch die Finanzaufsicht der Rektorate und Uni-Verwaltungen über ihre Mittel eingeschränkt.



... Tobias Bölz, den Vorsitzenden des Unabhängigen Studierenden-ausschusses (USTA) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Baden-Württemberg.

**1.** *Wie stehen Sie der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft gegenüber?*

Bölz: Wir begrüßen das sehr. Der Usta hat

die Wiedereinführung seit der Abschaffung 1977 gefordert und als Ziel in seiner Satzung verankert. Jetzt kommt es darauf an, mit welchen Rechten sie ausgestattet wird.

**2.** *In der Vergangenheit haben sich die Studierenden doch auch ohne Verfasste Studierendenschaft Gehör verschafft.*

Bölz: Das stimmt zwar, aber die unabhängigen Studierenden-Vertretungen müssen nicht anerkannt werden. Sobald es un bequem wird, können also Rektorate, Verwaltungen und Ministerien sagen, sie akzeptieren unser Votum nicht. Hinzu kommt die fehlende Rechtsfähigkeit. Derzeit haben wir keine Möglichkeit, etwa mit den Verkehrsbetrieben direkt einen Vertrag zu schließen. Um beispielsweise eine Rechtsberatung anbieten zu können, sind wir auf eine Konstruktion über einen Verein angewiesen.

**3.** *Kommt da nicht auch eine neue Bürokratisierungswelle auf die Hochschulen zu?*

Bölz: Natürlich wird jetzt die Buchführung und Dokumentation umfangreicher. Das nehmen wir aber gern in Kauf, wenn unsere Möglichkeiten der Teilhabe entsprechend wachsen.  
WV/Foto: pr